

ZWISCHENRUF

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 29
OKTOBER 2008



Liebe Leserin, lieber Leser,

vergangene Woche bewilligte der Bundestag – in unglaublicher Eile – ein 500.000.000.000 Euro Rettungspaket für Banken. Selbst, wenn dieser Betrag nicht unmittelbar fließen wird: von nun an kann/soll niemand mehr sagen, daß in der BRD „kein Geld da“ sei. DIE LINKE stimmte u. a. gegen dieses Paket, weil begleitende Maßnahmen – z.B. ein Konjunkturprogramm, das die Binnennachfrage stützt – fehlen.

Der ABiD-Verbandstag wählte mich am 11. Oktober zum neuen Vorsitzenden des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland „Für Selbstbestimmung und Würde“ e. V. Gleichzeitig beauftragte er mich, bei den Bundestagsfraktionen dafür zu werben, die Ratifizierung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu nutzen, um der Behindertenpolitik einen neuen, kräftigen Innovationsschub in Richtung mehr freie Selbstbestimmung, volle Teilhabe, den Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile und umfassende Barrierenbeseitigung zu geben.

Die erste Lesung zum Gesetzentwurf zur UN-Konvention findet im Bundestag am 12. November statt — leider wieder zu später Stunde. Es gibt keine Debatte. Stattdessen sollen die Reden— wie fast immer bei behindertenpolitischen Themen — nur zu Protokoll gegeben werden.

Ihr/Euer

Rückgang der Arbeitslosigkeit? - Nicht für alle.

Die Arbeitslosenquote ist bei Menschen mit Behinderungen doppelt so hoch, wie bei Nichtbehinderten. Das ist seit längerem bekannt. Nun legt die Regierung einen „Gesetzentwurf zur Einführung Unterstützter Beschäftigung“ vor. Dass sich dieser auf die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Art. 27) beruft, ist begrüßenswert. Die LINKE teilt das im Entwurf formulierte Ziel, Menschen mit Behinderungen eine angemessene, geeignete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem „ersten Arbeitsmarkt“ zu ermöglichen und zu erhalten.

Trotzdem bleiben Fragen (auch für die öffentliche Anhörung am 5. November im Ausschuss Arbeit und Soziales): Wie wird so ein Arbeitsplatz nach zweijähriger Förderung dauerhaft gesichert? Aus Sicht der LINKEN ist zudem unverständlich, warum die Bundesregierung die Informationspflicht über die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei öffentlichen Arbeitgebern mit dem Gesetz abschaffen will.

TERMINE MIT ILJA SEIFERT (AUSWAHL)

28.10.

Fachtagung zum Persönlichen Budget im Goethe - Institut Dresden

04.11.

Beratender Ausschusses für die Fragen des sorbischen Volkes in Bautzen

05.11.

Anhörung zu Unterstützter Beschäftigung im Bundestag

09.11.

Beratung Tourismuspolitischer Sprecher in Mecklenburg - Vorpommern

06.11.

Veranstaltung der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft

12.-14.11.

Besucherguppe aus dem Wahlkreis im Bundestag

Wir laden ein zur öffentlichen Diskussionsrunde:
„Barrierefreie Oberlausitz — Chancen für den Tourismus“

03.11. 2008

17.00 Uhr

KulTourPunkt im Bahnhof Görlitz

Behindertenrecht bleibt „Armut per Gesetz“

Am 16.10.2008 wurden im Bundestag die Reden zur 2./3. Lesung zum Nachteilsausgleichsgesetz (NAG) bzw. um die Eingliederungshilfe nicht gehalten, sondern lediglich zu Protokoll gegeben, da der Tagungsort weit nach hinten gelegt wurde. Die Rede von Ilja Seifert ist zu finden unter: <http://www.ilja-seifert.de> (unter dem Punkt: Reden).

kobinet-Redakteur Gerhard Bartz kommentierte die Rede von Ilja Seifert wie folgt:

„Den Ausführungen von Dr. Ilja Seifert von DIE LINKEN ist wenig hinzuzufügen. Den übrigen Parteien sei gesagt, dass dessen Ausführungen nicht deshalb falsch sind, weil er in der Partei DIE LINKEN ist. Selten habe ich in einem Beitrag eine so umfassende Beschreibung unserer Probleme erlebt. Angesichts der im Bundestag vorherrschenden Meinungen bleibt es für die behinderten Menschen in unserem Land sehr wichtig, dass diese Partei ihre Stimme für diesen Personenkreis erhebt. So lange andere Parteien so wenig auf die zentralen, tatsächlichen Bedürfnisse der behinderten Menschen in unserem Land eingehen, werden sie auf eine zunehmend starke Gegnerschaft dieser Menschen stoßen. In der täglichen Beratungspraxis sehen wir eine Wirklichkeit, die sich in den Ausführungen der übrigen Parteien und schon gar nicht in deren gesetzgeberischen Vorstellungen widerspiegelt.“

(vgl.: <http://www.kobinet-nachrichten.de>, 21.10.2008, Debatte zur Eingliederungshilfe im Deutschen Bundestag)

Zittauer Schülerinnen und Schüler im Bundestag

Gemeinsam mit Lehrern, Sozialarbeitern und 43 Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Klasse fuhr Wahlkreismitarbeiterin Janet Jähne am 17.10.2008 nach Berlin, um Ilja Seifert im Bundestag zu besuchen. Den Auftakt des spannenden Tages bildete eine Führung durch das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, die von allen Beteiligten als sehr interessant und berührend eingeschätzt wurde. Im anschließenden Gespräch mit Ilja Seifert überraschten die Jugendlichen mit einigen ihrer Fragen: Abgeordnetendiäten wurden ebenso thematisiert, wie die Finanzkrise, das Fehlverhalten von Bankiers und Regierung oder Ilja Seiferts Privatleben. Das undisziplinierte Verhalten einzelner Abgeordneter, gesehen beim anschließenden Plenarbesuch, beschäftigte die Schülerinnen und Schüler auch noch während des gemeinsamen Essens. Als der Bus gegen 17:30 Uhr in Berlin wieder in Richtung Heimat startete, waren alle voller Eindrücke, die es in den nächsten Tagen zu verarbeiten gilt. Dieser Tag soll nicht das letzte Treffen mit ihrem Abgeordneten gewesen sein.

J. Jähne



Foto: A. Nowak

IN KÜRZE

Ilja Seifert kritisierte in seiner Kurzintervention während der Rede der Bildungsministerin zum aktuellen Bildungsbericht am 16.10.2008 erneut das Prinzip Aussonderung von Lernenden mit Behinderungen. Sowohl in der Bildungsberichterstattung als auch in den Arbeitsschwerpunkten des Ministeriums muss die Bildung von Lernenden mit Förderschwerpunkt endlich angemessen berücksichtigt werden.

*

Der Antrag „Barrierefreier Tourismus für Alle in Deutschland“ (Drs. 16/10317) der Fraktion DIE LINKE steht auf der Homepage:

<http://www.ilja-seifert.de>

*

Für die in Deutschland lebenden 2.800 Contergan - Opfern ist trotz aller Versprechen noch immer kein Leben in Selbstbestimmung und Würde gewährleistet, so Ilja Seifert in seiner Pressemitteilung vom 09.10.2008. Mit Blick auf die hungerstreikenden Contergan - Geschädigten in Bergisch Gladbach mahnte er Regierung und den zuständigen Familienausschuss an, schnell akzeptable Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Betroffenen vorzulegen.

Impressum/Kontakt

Büro Dr. Ilja Seifert, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 22772176

E-Mail: ilja.seifert@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Schulstr. 8

02826 Görlitz

Tel.: 03581 661050

Äußere Weberstr. 2

02763 Zittau

Tel.: 03583 517640

E-Mail: ilja.seifert@wk.bundestag.de

Redaktionsschluss: 22.10.2008

Redaktion: A. Asmus